



## Ohr für die Praxis: Lobbyregister-Umfrage 2023 zeigt Bedarf einer praktikablen Fußspur für mehr Transparenz

Anlässlich der Reform des Lobbyregistergesetzes haben die Allianz für Lobbytransparenz und die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung (de'ge'pol) gemeinsam eine Praxisumfrage unter den Interessenvertretern durchgeführt. Schließlich ist uns als Vorreiter fairer transparenter Interessenvertretung mit unserem frühzeitigen Einsatz für ein Lobbyregister ein Ohr für die Praxis besonders wichtig.

An der Umfrage haben sich 256 Organisationen aus allen Bereichen der Interessenvertretung beteiligt. Die Ergebnisse bestätigen uns, dass der Einsatz richtig war. Sie zeigen aber auch, dass er weiterhin notwendig ist. So gibt es eine enorme Zustimmung zu der Idee des Lobbyregisters an sich in Höhe von 80 Prozent. Gleichzeitig kommt eine deutliche Unzufriedenheit hinsichtlich der praktischen Umsetzung und der geplanten Reformen zu Tage. Hierbei unterschätzt der Gesetzgeber vor allem den tatsächlichen Zeit- und Kostenaufwand enorm, der mit der Eintragung und der Aktualisierung einhergeht.

Uns war von Anfang an klar: In Transparenz müssen wir gemeinsam investieren. Gleichzeitig dürfen keine unverhältnismäßigen oder unnötigen Kosten entstehen. Insbesondere kleine Verbände oder zivilgesellschaftliche Organisationen können überproportional stark betroffen sein, während viele zentrale Interessengruppen nach wie vor pauschal von der Eintragungspflicht ausgenommen sind. So ist laut Umfrage nicht zuletzt der Unmut über die geplante Beibehaltung der Ausnahmeregelung unter den Interessenvertretern groß – Unmut, welcher in Akzeptanz verwandelt werden kann durch eine einheitliche Einstufung aller Interessengruppen und Abschaffung der bestehenden Ausnahmen von der Registrierungspflicht.

Ebenfalls deutliche Kritik erfährt die Form der Umsetzung der geplanten Dokumentationspflicht von Gesetzgebungsvorhaben und Stellungnahmen durch die Interessenvertreter, da diese von einem enormen zusätzlichen Zeit- und Kostenaufwand ausgehen. Wie die hohe Zustimmungsrates für das Lobbyregister an sich zeigt, ist der Wille zu mehr Transparenz vorhanden. Dafür muss jedoch eine effiziente Lösung gewählt werden:

Durch die Verzahnung von Lobbyregister, exekutivem Fußabdruck und Online-Konsultationsverfahren wäre es möglich, den gleichen Inhalt mit weniger Bürokratie offenzulegen und qualitativ sogar mehr Transparenz zu erreichen. Denn bei dieser Lösung liegt die Dokumentationspflicht auf Seiten des Gesetzgebers, der ohnehin den Überblick über die eingegangenen Interessen hat und einen einheitlichen Transparenzstandard gewährleisten kann.

Nach dem jetzigen Reformentwurf der Koalition müssten Interessenvertreter unnötige bürokratische Kosten tragen, während der erhoffte Transparenzgewinn oder die Verbesserungen in der Praktikabilität ausblieben. Wir empfehlen der Koalition, sich für den hier vorgeschlagenen lösungsorientierten Ansatz zu entscheiden, da andernfalls die Gefahr besteht, dass die geplante Reform die Akzeptanz für das Lobbyregister gefährdet.